

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 106 (2012)
Heft: 4

Artikel: Kapitalismu-Debatte in der Financial Times (FT)
Autor: Imfeld, Al
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-390336>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kapitalismus-Debatte in der Financial Times (FT)

Im Europa wird überall Marx zitiert. Die Krise des Kapitalismus ist ein stehender Begriff, mit allgemeiner Akzeptanz. Die Debatte, so scheint es oft, hat eine allgemein kapitalismuskritische Tendenz.

Debatte und Politik, die von dieser Kritik wenig wissen will, gehen aber deutlich auseinander. Die Debatte im angelsächsischen Raum scheint da näher an der politischen Realität dran zu sein. Was aber natürlich noch nichts sagt über ihre eigenen blinden Flecken.

Al Imfeld hat eine grosse Debatte aus der «Financial Times» zum Kapitalismus zusammengestellt und ausgewertet.

Am 11. Januar 2012 begann in der «Financial Times» im Editorial-Teil eine international beachtete Auseinandersetzung über die Lage des Kapitalismus: *Capitalism in crisis*. Die Serie setzte mit zwei Beiträgen ein, der eine von John Kay, einem Ökonomen bei der FT, und Vikram Pandit, CEO der Citygroup. Kay stellt fest, dass wir heute eine ganz andere Welt als zur Zeit von Karl Marx haben. Die Zeit der Arbeit in einer Fabrik sei wie die agrarische Tätigkeit auf Farmen unter 10% zurückgegangen. Er hält als wichtigste Wende den Wandel einer hierarchisch orientierten zu einer eher demokratisch ausgerichteten Welt fest. Weiter: Maschine und Material würden weniger wichtig als Planung, Innovation und Vernetzungen. An die Stelle des individuellen Kapitalisten sind Banken und Börse getreten. Man wisse kaum mehr, wer die Besitzer seien. Der Besitz des Kapitals sei ganz in den Hintergrund getreten; wer denke bei einem Computer an einen Besitzer? Alles ist abstrakter, indirekter und komplizierter geworden.

Ihm gegenüber schreibt Pandit, dass solches eine Wortklauberei sei. Der Kapitalismus lebe weiter, man habe ihn bloss zu verfeinern versucht. Verändert habe sich das Risiko, weil eine gewisse Übersichtlichkeit verlorengegangen. Er meint, das zentrale Thema heute wäre die Transparenz.

Es folgt einen Tag später ein fast missionarisches Plädoyer vom malaysischen Premier Mahathir Mohammad. Kurz zusammengefasst könnte es heissen: Nicht der Kapitalismus stirbt ab, sondern der Westen oder der Eurozentrismus. Mahnung an den Westen: *Go back to the beginning and start again*. Was er damit (auch) meint: Der Westen habe sich zu sehr auf Finanz- und Währungsspekulationen eingelassen: *currencies are not commodities*. Er holt zu einer heftigen Moralpredigt gegenüber dem Westen aus (sechsmal nacheinander ein Satz mit *should*) – ein Wettern gegen Finanzmärkte mit all deren Derivaten.

Dann, am 13.1., ein konservativer Liberaler, Samuel Britten mit der Mahnung zur Moderation, denn *the market still has no real rivals*. Wettbewerborientierter Kapitalismus sei noch immer der beste Weg zur persönlichen und politischen Freiheit. *Capitalism is a means to freedom and prosperity, not an end in itself*. Er mahnt – ganz in der Tradition von Jon Stuart Mill – zur Mässigung.

Arundhati Roy, die Autorin von *The God of Small Things*, schreibt aus indischer Erfahrung am (am 14.1.). Der zentrale Satz heisst: Die Totengräber sind nicht das Proletariat, sondern die Kardinäle des Kapitalismus, die Ideologie in einen Glauben umgekehrt haben. Für sie haben die *trickle down theory* und das *gush-up gospel*, also sowohl das Heruntertröpfeln als auch das Hervorströmen versagt, das heisst sie stimmen nicht, sind Augenschere. Die Armut nimmt laufend zu. Die sogenannte Grosszügigkeit und Wohltaten der Hyperreichen, ihre Stiftungen oder Benfizerveranstaltungen unterhöhlen höchstens eine staatliche Planung und bessere Verteilung. Ob es genügt, alles dem Glück zu überlassen? Ihre Charity oder vorge-spielte Generosität sei doch nichts anderes als PR. Niemals würden so neue Strukturen einer Anpassung an eine neue Zeit entstehen.

Eine ähnliche Analyse mit fast gleichem Resultat unternimmt Edward Luce für die USA (am 14./15. Januar). Er stellt die These auf, dass Demografie wichtiger als Klasse sei. Er geht von der für ihn erschreckenden Feststellung aus, dass 2040 die weissen US-AmerikanerInnen in die Minderheit gelangen. Und er zeigt auf, dass in den letzten dreissig Jahren das Einkommen der 1% Reichsten um 300% zunahm, dagegen das Einkommen der Haushalte im Schnitt nur um 40% anstieg. Die Einkommensungleichheit müsse das wirkliche Thema der Debatte sein. Für ihn sind die zwei Bewegungen *Tea Party* und *Occupy Wall Street* dafür wichtige Anzeichen oder

Hinweise. Die Tea Party lebt versteckt von der Furcht, dass die weisse Mittelklasse schwindet. Fazit: *If there is political war brewing, it will be between generations and ethnic groups, rather than between classes*.

David Pilling (am 17.1.) zeigt, dass sich die Welt verändert und Asien an Wichtigkeit stark gewonnen habe. Doch der Kapitalismus habe sich kaum verändert, höchstens neue Formen unter verschärf-ter staatlicher Kontrolle angenommen. Der dynamische Kapitalismus hat sich ostwärts bewegt. Die erfolgreichen Asiaten würden hämisch auf die westliche Krise blicken, vor allem auch deshalb, da die EU nun genau das anwende, was der IWF ein ganzes Jahrzehnt den Asia-ten verboten habe. Heuchelei wird vorgeworfen, und den Theoretikern weltweit zu wenig Anpassungsfähigkeit oder zuviel Dogmatismus vorgehalten. Dass jedoch alle im selben Boot sässen, das müsse Grundlage sein. Es gebe keine ganz andere asiatische oder irgendwelche Wirtschaft. Es gehe allen um die Verbesserung des Lebens der Menschen; einige seien dabei etwas egoistischer, andere täten das mit etwas mehr Rücksichtnahme.

Am 18.1. macht wiederum John Kay einen Überschlag und kommt zum Schluss, dass wer den Fakten in die Augen blicke, zum Schluss komme: *Greed is good*. Das heisst, ohne eine gewisse Gier würde in dieser Welt Wirtschaft nicht funktionieren. Doch gebe es eine grosse Bandbreite zwischen Kapitalismus und Marktwirtschaft – sie decken sich nicht.

Am 19. Januar zeigt in einem ganzseitigen Artikel Philip Stephens das Versagen der Politiker auf. Vor allem in der EU sei der politische Hintergrund vergessen worden. Plötzlich sei alles ein Feld der Banken und des Geldes geworden. Die Politiker sind am Wachstumsfetischismus erblindet. Statt strukturelle Tatsachen werden demagogische Elemente wichtig. Alle wollen wiederge-



Kapitalismuskritik in der «Financial Times»?

wählt werden und vergessen darob die Analyse. Der Autor fragt sich, ob es wirklich eine Kapitalismus- oder schlussendlich eine Nationalismus-Debatte geworden sei. Darum wohl würden europaweit nationalistische Argumente in den Vordergrund treten. Man habe noch nicht entdeckt, was Globalisierung positiv bedeuten könnte. Alte Konzepte wie Gegenseitigkeit und Solidarität seien am Verschwinden; selbst in sozialdemokratischen Parteien gehe es eher um einen vagen Nationalstaat statt um mehr weltweite Perspektiven. Das Schuldenproblem sei mitnichten ein bloss ökonomisches; doch es fehle an vertieftem Wissen, und auch das Vertrauen sei verschwunden.

Mit *Too Big to Fail* beschäftigt sich Otmar Issing am 20. Januar. Es gebe heute Gebilde, die jedes menschliche, aber auch staatliche Mass übersteigen würden und keinen freien Markt mehr zulassen. So sei jegliche Kontrolle unmöglich, und so würden die meisten PolitikerInnen im Sumpf wühlen. Er erwähnt die Occupy Bewegung, hat Verständnis für sie, zweifelt aber ob der Grösse ihres Gegenübers an einem Erfolg.

Geschichte ende nicht, so wendet er sich gegen Francis Fukuyama – jedoch nur, wenn man sich bemüht und dauernd erneuert. Er plädiert für mehr Wissen und Hintergrund. Wissen zähme den Kapitalismus.

Bill Clinton (am 21./22.1) behauptet, dass Wohltätigkeit (charity) den Kapitalismus brauche, um die Weltprobleme zu lösen. Er glaubt, falls es der Gesellschaft gelinge, Geschäft mit Philanthropie zu verknüpfen, könne unsere Zukunft aufgebaut werden.

Andrew Hill benutzt am 21/22.1. die britische John Lewis Ladenkette, um ein Modell einer Alternative aufzuzeigen. Das Geschäft gehört den Angestellten und wird von ihnen auch verwaltet. Das hat bereits seit längerer Zeit funktioniert, und der Autor ist überzeugt, ein solches Modell liesse sich leicht auf viele

KMUs übertragen. Dieser Mittelweg könnte sich positiv in der gesamten Wirtschaft auswirken.

Das System reparieren?

Am 23. Januar zeigt Martin Wolf, Chef der FT-Kommentatoren wie die Mängel des Systems repariert oder erneuert werden könnten. Er geht von der Occupy-Bewegung aus. Zu den Vorschlägen gehören eine bessere Kontrolle der Finanzen, die Thematisierung der Ungleichheit unter den Menschen, auf alle möglichen Weisen Arbeitsplätze zu schaffen, das Steuersystem gerechter für alle zu machen, Einschränken der politischen Versprechen und ein globaleres Denken.

Das Problem des Kapitalismus sei seine Kollision mit den Eigeninteressen der grossen multinationalen Firmen, schreibt wiederum John Kay (25.1.). Er weist auf IBM hin, wo die eigenen Ingenieure beinahe die eigene Firma zerstörten, und dazu habe erst noch die Firma ihnen die Freiheit gegeben. Dauernd ersetze neue Technologie (und das immer mehr) eine alte und zerstöre dabei das alte Unternehmen und ersetze es durch ein neues. Er nennt diesen Vorgang eine schöpferische Zerstörung. Und diese sei das Herz des Kapitalismus.

Alan Greenspan, ehemaliger Vorsitzender vom US Federal Reserve, setzt sich mit Planwirtschaft im Vergleich mit freier Marktwirtschaft auseinander. Er vergleicht das frühere Ost- mit West-Deutschland, zieht China hinzu, und stellt fest, dass es die Menschen zur Marktwirtschaft zieht. Er folgert: Vieles, für was der Kapitalismus angeklagt werde, habe mit der Natur des Menschen zu tun (*are in fact characteristics of human nature, not of market capitalism*).

Am 28. Januar wird einem Team der Occupy London-Bewegung das Wort gegeben. Der Ökonom Hayek habe sie auf die Verwundbarkeiten des Kapitalismus verwiesen: auf falsche ungerechte Steuersysteme, auf das Hauseigentü-

merproblem und auf die Einkommensungleichheiten. Sie gestehen: *In one sense, it could be said we work more like a free market than the corporate boardroom or lobbyist-loaded politics.*

Nochmals (am 30.1.) wird das Herz des westlichen Kapitalismus durch den Ökonomen Hernando de Soto vorgeführt: Es besteht in Wissen, Weiterbildung und Innovation. Alle Reformer und Macher von Politik müssten einsehen, dass wir nicht in einer Finanzkrise, sondern einer Wissenskrise stecken. Wissen und westlicher Kapitalismus gehörten eng zusammen.

Im Kommen: ein hybrides asiatisches Modell

Am 1. Februar sagt David Rothkopf, bekannter Buchautor, dem freien Markt ein trauriges und einsames Schicksal voraus. Nach ihm ähnelt der Kapitalismus des 21. Jahrhunderts immer weniger dem ökonomischen Darwinismus, den Wall Street noch immer zelebriert. Im Kommen sei ein hybrides asiatisches Modell; dieses sei eine Massen-Abdeckung, nicht mehr bloss für wenige gedacht und ausgerichtet.

Dem entgegen stellt sich Kenneth Rogoff, Harvard-Professor (2.2.). China sei kein Modell für die Welt. Doch eigentlich betont er, dass unsere Unwissenheit immer mehr zur Krise des Kapitalismus beitrage. Daher betont er das Lernen, Lernen und nochmals Lernen. Selbst bis ins hohe Alter müssten alle dauernd Neues lernen. Mit der gegenwärtigen Ignoranz in sogenannten Podiumsgesprächen und öffentlichen Debatten kämen wir nicht weiter.

Einige Auffälligkeiten in der Debatte

1. Echt angelsächsisch beginnt und endet diese Kontroverse, die sich auch in LeserInnenbriefen niederschlug, ohne grosse Worte: man umkreiste das Thema Kapitalismus. Die «Financial Times» lassen einfach analytische Meinungen verschiedener kompetenter Personen –

fast wie zufällig, auf jeden Fall ohne dramatische Steigerung – folgen. Es wird keine grosse Schlussanalyse gemacht.

2. Selbst so spürt man, dass englischsprachige Engländer, US-Amerikaner und Menschen aus dem Commonwealth das Wort Kapitalismus nicht gleich wahrnehmen und gebrauchen. Einige nehmen das Wort ganz unideologisch und fast als ein natürliches Wort oder eine Lebensrealität. Andere sind ahistorisch und glauben nicht an eine konstante Veränderung des Inhalts eines Worts.

3. Ganz im Gegensatz zum germanischen oder zum Teil auch frankophonen Raum wird nicht tief philosophisch vorgegangen, das heisst man grübelt nicht; man kommt einfach mit (vermeintlichen) Fakten daher oder greift Fall nach Fall auf. Man geht von der britischen und US-amerikanischen Gegenwart aus und macht kaum historische Rückgriffe. Man gibt sich unideologisch.

4. Die LeserInnen haben am Schluss selbst ihre Meinungen zu machen. Theoretische Analysen fehlen dafür fast ganz und damit eine gewisse Schärfe der Begriffe.

5. Die «Financial Times» nahm das Davoser Weltwirtschaftsforum WEF und die Occupy-Bewegung zum Aufhänger. Porto Allegre mit dem grossen Sozialforum wird nicht erwähnt. So kommt aufgeschlossenen LeserInnen die Serie doch etwas willkürlich vor. Doch steht dahinter der Glaube, dass ein gewisses Sampling von einer bestimmten Länge ein Gesamtbild ergibt.

6. Die Debatte bleibt im anglophonen Bereich stecken. Es wurde ausser aus Asien kein Beitrag aus einem anderen Kulturbereich, den die Zeitung hätte übersetzen müssen, eingeholt. Das ist trotz einer gewissen Weltoffenheit eine Form des Chauvinismus. Beiträge, aber auch Beispiele, aus Lateinamerika oder Afrika fehlen. Gerade ein Beitrag aus Brasilien oder Mexiko, Südafrika oder Nigeria hätten illustrativ sein können. Sogar der arabische Raum wird über-

gangen. Warum? Es wird davon ausgegangen, dass Asien das kommende ökonomische Schwergewicht der Welt sein wird. Eine Gewichtsverlagerung in den Süden wird nicht wahrgenommen. Auch nur eine Erwähnung des über hundert Jahre dauernden Kolonialismus und des langwierigen postkolonialen Suchens und Ringens fehlt.

7. Der Kapitalismus-Begriff in der gesamten Debatte bleibt vage. Ein gewisser Dualismus ist erkennbar. Warum aber soll das sich verwildernde Geldwesen nicht Teil des Kapitalismus sein? Die Serie geht (gottlob) auch nicht von der Eurokrise aus. Der malaysische Premier beteuert ein- und aufdringlich, dass Währungen keine Rohstoffe sind. Er scheint sogar zu unterstellen, dass der echte Kapitalismus nichts mit Finanzmärkten und seinen Derivaten zu tun hat. Woher denn kommt der GAP/Graben zwischen Arm und Reich?

8. In dieser Debatte und vielleicht überhaupt im angelsächsischen Raum ist der «echte» Kapitalismus eingebunden, hat ein Mass und wird von Menschen unter Kontrolle gehalten. Kapitalismus hat für die meisten AutorInnen stark mit Freiheit zu tun; er kommt dem Begriff des Liberalismus sehr nahe. Liberalismus = Demokratie = Kapitalismus = individuelle Freiheit heisst bei den meisten die Verknüpfung.

9. Es wird zwar immer wieder von einer Erweiterung des historischen Kapitalismus geschrieben. Trotzdem dominiert ein nostalgischer Blick auf einen fairen von paternalistischen Unternehmern geleiteten Kapitalismus – wie in einer Grossfamilie.

10. Es wird kaum darauf eingegangen, dass seither zum puren Individualismus im Laufe der Geschichte das Soziale (soziale Marktwirtschaft) und die Umwelt (sustainability) dazugekommen sind. Die Geschichte hat sich enorm verändert. Der Feudalismus ist bis auf die Klatschblätter am Verschwinden; die Demokratie breitet sich rapide aus. Wir

haben also eine grosse Wende von der senkrecht ausgerichteten zu einer waagrecht gegliederten Gesellschaft. Dazu kommt parallel die Wende von kolonialen Verhältnissen (von eigentlichen Kolonien bis zur Frauenbefreiung) zu nachkolonialen Verhaltensweisen. Das Einzige, was aber wirklich thematisiert wird, ist die sogenannte Globalisierung.

11. Rein persönlich finde ich auch, dass es immer Formen des Kapitalismus geben wird. Ich glaube jedoch an eine Vielfalt oder einen Pluralismus kapitalistischer Verhaltens- und Handlungsweisen. Vor allem gibt es nie endgültige Übergänge, etwas vom alten System bleibt immer zurück – etwa von der Subsistenz oder vom Agrarischen in der Fabrik- und Industriewirtschaft – so etwa, dass man sagen kann, dass auch in der Stadt etwas vom Bauer zurück bleibt. Auch die Dominanz der Geldwirtschaft bedeutet niemals, dass alles andere ausgelöscht ist. Darüber müsste mehr sowohl historisch (etwa über den Wandel der Arbeit) wie psychologisch (etwa über Gier) nachgedacht werden. Niemals wird das Vorausgehende ganz verschwinden. Somit wird die Schlussfolgerung dieser FT-Debatte heissen können: Der Satz «das kapitalistische System passt in seiner jetzigen Form nicht mehr in die heutige Welt» stimmt nur, wenn dieser Kapitalismus nicht in diese Zeit hinein geholt und angepasst wird; es gibt keinen unveränderlichen oder statischen Kapitalismus. Und was die Linke nicht gerne hört: Man verwechsle nicht die zwei Dinge Wirtschaft in der Krise mit Kapitalismus in der Krise.

Es schreibt nur eine einzige Frau. ●